

# GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT ! **BEZIRKSKONFERENZ '07**

AWO NIEDERRHEIN, 3. NOVEMBER 2007, STADTHALLE HILDEN

## RESOLUTION

Antrag Nr.: **R 1**

Antragsteller: Vorstand AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Betrifft: **Armutsbekämpfung**

Beschluss der  
Bezirkskonferenz 07: **Hildener Erklärung zur Bekämpfung der Kinderarmut**

Bei der Bekämpfung der Kinderarmut verdient die derzeitige Politik für ihr Stückwerk und ihre Kleinstaaterei ein Armutszeugnis.

Mit großer Sorge und mit Empörung stellt die AWO fest:

- Wir leisten uns einen Sozialstaat, der ein Viertel aller Kinder z.B. in NRW im Jahre 2007 in die Armut schickt. Unsere reiche Gesellschaft nimmt hin, dass Armut neben den materiellen Entbehrungen häufig eine soziale Isolation, ein hohes Krankheitsrisiko und die Gefahr eines Scheiterns im Bildungssystem bedeutet.
- Angesichts der Geburtenentwicklung in unserem Lande leisten wir uns damit auch einen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ruin, da unsere Gesellschaft in Zukunft auf jedes Kind angewiesen sein wird.
- Der wirtschaftliche Aufschwung kommt nicht bei den armen Kindern und ihren Familien an. Besonders chancenlos sind Alleinerziehende (Frauen). Bei Kindern und Jugendlichen stieg die Anzahl der SGB II Empfänger/-innen in Deutschland von 1,83 Mio. im Januar 2007 auf 1,92 Mio. im Juli 2007 an.
- Das gesellschaftliche Problem Kinderarmut führt zu einer Hochkonjunktur des Almosenwesens. Wir scheinen uns z.B. daran zu gewöhnen, dass immer mehr Familien mit Kindern vor den örtlichen Armutsküchen oder Tafeln in der Schlange stehen.

Wir fordern von der Politik ein abgestimmtes Sozialstaatskonzept mit Rechtsansprüchen für arme Kinder und keine Hochkonjunktur des Almosenwesens.

Wir rufen auf zu einer Förder- und Bildungsoffensive der AWO und einer Kampagne 'Kleine Kinder - große Chancen'!

Die AWO wird bei ihrem Engagement zur Bekämpfung der Kinderarmut nicht nachlassen, solange die Politik es versäumt, endlich für alle Kinder Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein Leben ohne Not und Ausgrenzung möglich zu machen. Die AWO bietet sich gleichzeitig gegenüber dem Land NRW und den Kommunen als Partner an.